

gen, zu anderen Einschätzungen. Im Auftrag der Bank untersuchten die Anwälte die Haftungsfrage „strikt für den internen Gebrauch der Sachsen LB“. Die Struktur war verworren. Die Mutterbank in Leipzig hatte nur vier Prozent der Risiken übernommen, 96 Prozent die Dubliner Tochter. Über ein in Englisch abgefasstes „Valuation Agent Agreement“, so glaubten Landesregierung und Bankvorstand, musste die Mutter am Ende jedoch auch für diese Risiken haften.

Norton Rose zweifelt daran: Der zentrale Punkt des Agreements „scheint nach Struktur und Systematik keine hinreichende Grundlage für eine milliarden-schwere Ausgleichsverpflichtung zu sein“. Ormond sei eine Zweckgesellschaft, die nicht gesellschaftsrechtlich mit der Bank verbunden sei. Schon das spreche gegen die Absicht einer unbeschränkten Haftung. Und: Der Vertrag sehe „nicht einmal im Ansatz“ eine „adäquate Risikovergütung“ für die gigantische Haftungssumme vor. Prüfungen nach englischem und irischem Recht seien nötig.

Die Anwälte standen mit ihrer Sicht offenbar nicht allein. Schon im Frühjahr 2007, vor dem Kollaps in Irland, hatten die Prüfer von PricewaterhouseCoopers der Bank erklärt, dass sie über allgemeine Sorgfaltspflichten und kurzfristige Liquiditätshilfen hinaus keine finanziellen Garantien für Verluste bei Ormond Quay übernehmen müsse. Ermittler verweisen zudem auf ein weiteres Gutachten aus dem Jahr 2004, das zu einem ähnlichen Ergebnis komme.

Damit war das Untergangsszenario vermutlich falsch, mit dem die Sachsen in die Verhandlungen mit der Stuttgarter Landesbank gingen. Die Dubliner Struktur wäre zwar kollabiert, der Markt, wie später bei der Lehman-Pleite, ohnehin erschüttert worden. Aber die Landesbank in Leipzig hätte es wohl überlebt.

Am Notverkauf änderte die Sicht der Gutachter aber nichts mehr. Im Gegenteil. Die Württemberger verlangten zusätzliche Garantien, drohten auszusteigen. Im Dezember sagten die Sachsen in ihrer Not eine Garantieverpflichtung für künftige Ausfälle von 2,75 Milliarden Euro zu. Im April ging die Landesbank endgültig auf die neuen Eigentümer über. Heute will sich das Finanzministerium unter Hinweis auf die laufenden Ermittlungen zu den Gutachten nicht äußern.

Der Rechnungshof hat für die Bank einen Wertverlust von 922 Millionen Euro errechnet. Der Schaden für das Land wird auf 186 Millionen Euro beziffert. Hinzu kommen 170 Millionen, die inzwischen als Garantieleistungen an die neuen Eigentümer gezahlt wurden – Tendenz steigend. 360 Millionen Euro hätten die Sachsen aktuell in den Sand gesetzt. Mit einer Bank, deren Notverkauf es womöglich nie hätte geben müssen. STEFFEN WINTER

AFFÄREN

## Geschichten von Herrn K.

Der geheime Revisionsbericht zum mutmaßlichen Betrug beim Kinderkanal ist ein Dokument absurder Schludrigkeit mit Gebührengeldern.

Das Spielcasino von Erfurt wirbt mit dem eher irreführenden Spruch „Mitten in Deutschland – mitten im Glück“. Die Realität ist ein schlichtes Glas-Beton-Elend. Echte Zocker wie Marco K. schreckte das nie ab. Doch nun kann der frühere Top-Manager nicht mehr kommen. Er sitzt mittlerweile in der Justizvollzugsanstalt Suhl in Untersuchungshaft.

Herr K. hatte eine goldene Kundenkarte des Casinos, heißt es, durfte als gergesener Stammgast kostenlos an der Bar trinken und steckte dem Personal öfter mal 100 Euro zu.

Allein im Jahr 2010 sei K. 103-mal da gewesen und verzockte nach Schätzung einer Kassiererin 20 000 Euro – pro Woche. Das meiste an den Spielautomaten. Man

hielt K. im Casino für ein hohes Tier beim Kinderkanal (Kika).

Tatsächlich war er die Nummer zwei beim öffentlich-rechtlichen Kika, der seinen Hauptsitz keine zehn Autominuten vom Erfurter Casino entfernt hat. K. gilt als spielsüchtig.

Vielleicht wurde aus dem Herstellungsleiter deshalb irgendwann ein mutmaßlicher Betrüger: 8,2 Millionen Euro soll er beim Kika abgezweigt und mittels Scheinrechnungen teilweise in die eigene Tasche gesteckt haben.

In dem bislang unveröffentlichten, dem SPIEGEL vorliegenden Revisionsbericht zu dem Fall werden neben K. noch andere belastet: die einstige Kika-Führungsebene um den heutigen NDR-Fernsehdirektor Frank Beckmann sowie die Hierarchen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). Die Leipziger Anstalt lenkt die Geschäfte des Kindersenders, den die beiden Gebührenriesen ARD und ZDF gemeinsam betreiben.

Man sollte meinen, dass es gerade dort viele Sicherheitsnetze gibt, Kontrollen und Nachweispflichten, um den korrekten Umgang mit den öffentlichen Millionen sicherzustellen. Doch der mehr als hundert Seiten starke Bericht ist ein seltenes Dokument blanker Schludrigkeit. Und immer wieder zeigt sich in der Aufarbeitung, dass viele über K.s Unzulänglichkeiten Bescheid wussten – aber zu wenig unternahmen.

Am 8. Oktober vergangenen Jahres klingelte beim Leiter der MDR-Revision das Telefon. Ein anonymes Tipggeber erklärte, K. sei im Besitz größerer Bargeldbestände und verliere regelmäßig viel Geld im Casino. Aber selbst dieser Anruf stoppte K. noch nicht, dafür brauchte es erst die Selbstanzeige seines Vertrauten, des Geschäftsführers der mittlerweile insolventen Produktionsfirma Koppfilm, Fabian B.

Offenkundig war es für die beiden ganz einfach, den Kika als Selbstbedienungsladen zu missbrauchen. Schon Ende 2002 steckte Koppfilm wohl in finanziellen Schwierigkeiten. K. bot der Firma an, Mehrleistungen aus dem Kika-Budget zu bezahlen, so der Revisionsbericht.

Der Clou des Deals: Die Mehrleistungen gab es nur auf dem Papier, Koppfilm sollte auch anschließend überhöhte oder sogar völlig fiktive Rechnungen stellen, die Marco K. dann begleit-



Kika-Programmchef Beckmann 2007: „Drei Skatturniere“

JENS-JÜRICH KOCH / DAPD

chen ließ. Offenbar ahnungslose Kika-Beschäftigte zeichneten die Belege „sachlich und rechnerisch“ richtig.

Eine Mitarbeiterin gab sinngemäß zu Protokoll: Da der Herstellungsleiter eine vertrauensvolle Person war und sie sich nicht vorstellen konnte, dass er ihr eine Rechnung vorlegte, zu der es keine erbrachte Leistung gab, unterschrieb sie eben.

Wirklich kontrolliert hat viele Rechnungen offenbar niemand. Mal ging es um „Digitale Bearbeitung Online“, mal um „Kopierungen Garfield Show“. Für das Projekt „50 Jahre Sandmann“ etwa gab es frei erfundene Auftragspositionen, die eigentliche Dienstleistung erbrachte eine andere Firma.

Herstellungsleiter K. teilte nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft das auf diese Weise mutmaßlich ergaunerte Geld zunächst halbe-halbe mit seinem „Geschäftspartner“, später änderte er das Aufteilungsverhältnis in 60:40 zu seinen Gunsten.

Konspirativ war allenfalls die Geldübergabe: Die fand anfangs teils persönlich in Berlin statt, später wurden die Scheine in DVD-Hüllen per Kurier vertraulich an Marco K. geschickt. Am Abend vor seiner Selbstanzeige, so der Bericht, hatte der Geschäftsführer der Kopffilm wie so oft eine DVD an den Kurierdienst übergeben, sie war wie immer an K. adressiert, jedoch diesmal ohne Cash.

Stattdessen lag eine Botschaft bei: Er, Fabian B., steige aus und wolle einen Schlussstrich ziehen. Am nächsten Tag übergab B. umfangreiches Beweismaterial an die Ermittler.

Dabei hätte man K. lange vor dem anonymen Anruf und der Selbstanzeige auf die Schliche kommen können. Laut Revisionsbericht existierten etliche Hinweise auf den exorbitanten Geldbedarf des mittlerweile gekündigten Herstellungsleiters.

Schon im November 2007 unterrichtete ein Kika-Mitarbeiter den Redaktionsleiter der Programmplanung über K.s Spielleiendenschaft. Der gibt später zu Protokoll, die Schilderungen hätten bei ihm „keinen Schalter“ umgelegt.

Der Mitarbeiter informierte ebenfalls den Programmgeschäftsführer Beckmann. Der habe „völlig gelassen reagiert und gesagt: ‚Ich kenne Marco, so ist er nun einmal‘“, heißt es im Revisionsbericht. Beckmann bestreitet das heute auf Anfrage.

Er sagte den internen Ermittlern, er habe das Gerücht gekannt, dass sich K. häufiger in Spielcasinos aufhalte. Auch von Zocker-Trips nach Baden-Baden und Las Vegas habe er gewusst. Doch der Mit-

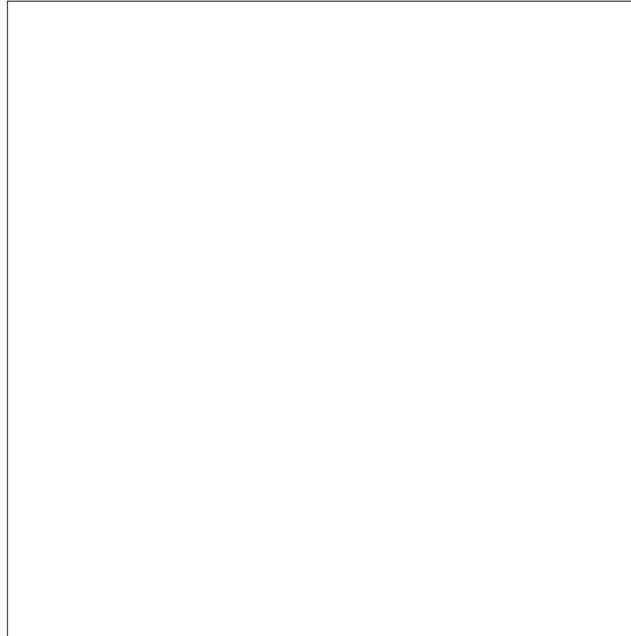
arbeiter, der ihm seinen Verdacht geschildert habe, sei Beckmann als unangenehm-eifriger Informant nach dem Motto „Ich weiß was, Herr Lehrer“ bekannt gewesen.

„Er hatte seine Informationen vom Hörensagen“, sagt Beckmann heute. Dennoch habe er den Vorgesetzten des Informanten angesprochen, der die Aussage als „Gerede“ eingeordnet habe.

Die Folge: Es gab keine genauere Überprüfung der Rechnungen, keine Streichung des eigens eingeräumten, in keiner Vorschrift vorgesehenen Verfügungsrahmens für K.s Position über satte 500 000 Euro. Spielsucht oder regelmäßige Casino-Besuche? K. wies die Verdachtsmomente in einem Gespräch mit Beckmann von sich.

Dabei berichten Kika-Mitarbeiter, K. habe zum Abschluss von Dienstreisen

ANZEIGE



gern auch im Leipziger Casino haltgemacht; bei einem dieser Besuche habe er sogar mal einen Großgewinn in Höhe von 100 000 Euro erzielt.

K. spielte indes nicht nur an Automaten. Er frönte auch dem Kartenspiel Black Jack, mal in seiner eigenen Wohnung, mal in den Räumen eines Kika-Lieferanten in der Stadt. An einem solchen Abend sei laut Fabian B. auch die Idee der mutmaßlichen Betrugsmasche geboren worden.

Im Bericht heißt es weiter: K. habe „eine Fülle von engen freundschaftlichen Kontakten mit externen Firmeneinhabern“ gepflegt. Die Prüfer warnen deshalb nun eindringlich: Man müsse dafür sorgen, künftig eine „starke Sensibilität für die gebührende Distanz zu externen Geschäftspartnern“ zu haben.

Auch Skatturniere sollen ausgerichtet worden sein, an denen Beckmann bisweilen persönlich teilgenommen habe. Er

habe an „etwa drei Skatturnieren“ teilgenommen, bestätigt Beckmann dem SPIEGEL. Diese seien „definitiv nicht dazu geeignet“ gewesen, dem Herstellungsleiter eine außergewöhnliche Spielsucht zu attestieren. „Der Einsatz für den gesamten Abend lag meiner Erinnerung nach bei fünf bis zehn Euro.“

Das Fazit der Revision fiel indes verheerend aus: Die Leitungsebene wusste über Marco K.s Spieltrieb lange Bescheid. „Mit Leitungsebene ist nicht der Geschäftsführer gemeint“, rechtfertigt sich Beckmann.

Mal wurde K. vorgeworfen, einen italienischen Landsitz zu besitzen, mal ging es um nicht korrekte Auftragsvergaben. Der Landsitz stellte sich als für einen Urlaub angemietet heraus, die untersuchte Auftragsvergabe laut Prüfungsvermerk AK 04/2009 als nicht den dienstlichen Regelungen entsprechend.

Sogar schriftlich wurde vor K. gewarnt. Der Kika-Redaktionsleiter des Bereichs „Fiktion und Programmakquisition“ schrieb unter anderem von Günstlingswirtschaft sowie Unregelmäßigkeiten in der Zusammenarbeit mit Auftragnehmern des Kika. Dieser Schriftverkehr sei dem Redaktionsleiter aber aus einem Ordner in seinem Büro entwendet worden. Einzelne Memos sind zwischenzeitlich wieder aufgetaucht.

Beim MDR zittert man nun und fragt sich, ob Marco K. womöglich weitere Details im eigenen Prozess preisgibt. In Erfurter Justizkreisen heißt es, der Fall sei „klar“. Es gehe nur noch ums Strafmaß.

Belastet K. womöglich noch andere Personen, um sich selbst vor einer allzu schmerzhaften

Haftstrafe zu retten? Der Erfurter Verteidiger von K. reagierte nicht auf mehrere Anfragen; auch in der Vergangenheit äußerte er sich nicht zu den Vorwürfen gegen seinen Mandanten.

Auf jeden Fall warnte schon 2008 das ZDF als Miteigentümer eindringlich vor strukturellen Schwächen im Kika-Kontrollsystem. „Wir haben denen gesagt, dass sie müheolos zu betrügen sind“, sagt ein ZDF-Mann. Der MDR reagierte nicht entschlossen genug.

Die durch Beckmann eingeräumte Sonderstellung brachte K. sogar ein auf Kosten des Kika angemietetes „Direktionsfahrzeug“. Laut Bericht wurde K. täglich von zu Hause abgeholt und wieder zurückgefahren, obwohl die Straßenbahnhaltstelle direkt vor seiner Wohnung lag. An Wochenenden fuhr ihn der Chauffeur oft sogar in seine Zweitwohnung nach Berlin.

MARTIN U. MÜLLER